



Zutreffendes ankreuzen

Behörde

PLZ, Ort	Datum
Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail	Zimmer-Nr.
Telefon Durchwahl (Nebst.)	Telefax
Aktenzeichen (Bitte immer angeben!)	

Fahreignungs-Bewertung

**Entzug der Fahrerlaubnis wegen wiederholter Verkehrszu-
derhandlungen gemäß § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 Straßenverkehrs-
gesetz (StVG) i. V. m. Anlage 13 zu § 40 Fahrerlaubnis-Verord-
nung (FeV) in der zurzeit geltenden Fassung**

Sehr geehrte, sehr geehrter

Ihnen wurde die nachstehende Fahrerlaubnis erteilt:

Klasse/n	erteilt am (Datum)
----------	--------------------

erteilende Behörde

Als Inhaberin / Inhaber einer Fahrerlaubnis sind Sie in besonderem Maße mitverantwortlich für die Sicherheit und Ordnung im Straßenverkehr. Sie sind wiederum als auffällige Fahrerlaubnisinhaberin / als auffälliger Fahrerlaubnisinhaber in Erscheinung getreten, indem Sie nachstehende Verkehrszuwerhandlungen begangen haben:

Tag des Verstoßes	Art der Verkehrszuwerhandlung / Aktenzeichen
1.	
2.	
3.	
4.	

Weitere Zuwerhandlungen sind ggf. auf besonderem Beiblatt angegeben.

Schriftliche Ermahnung	erteilt am (Datum)	von (erteilende Behörde)
Schriftliche Verwarnung	erteilt am (Datum)	von (erteilende Behörde)
Punktetacho schwarz	Punktetand (Anzahl)	

Die Entziehung Ihrer Fahrerlaubnis erfolgt gemäß § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 Straßenverkehrsgesetz. Sie haben wiederum Verkehrszuwerhandlungen begangen, die im Fahreignungsregister erfasst werden. Ihr Punktetacho im Fahreignungsregister beim Kraftfahrt-Bundesamt weist zurzeit den obigen Punktetand aus. Damit wird die "schwarze" Maßnahmestufe 3 ausgelöst. Sie gelten als ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen.

Eine neue Fahrerlaubnis darf frühestens sechs Monate nach Wirksamkeit der Entziehung erteilt werden (§ 4 Abs. 10 Straßenverkehrsgesetz).

Weitere Ausführungen

Der Führerschein ist bei der oben genannten Behörde abzuliefern bis

Datum

☐ Für den Fall der Nichtbefolgung wird ein Zwangsgeld angedroht in Höhe von

EUR.

☐ Für den Fall der Nichtbefolgung wird unmittelbarer Zwang angedroht.

Folgende Anordnungen werden für sofort vollziehbar erklärt.

Begründung (ggf. Beiblatt verwenden)

MUSTER

Verwaltungsgebühr

EUR

Rechtsgrundlage: Geb. Nr. 206 der Anlage (zu § 1) Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOST)

Auslagen gemäß § 2 GebOST

EUR

Bankverbindung

Gesamtbetrag

EUR

Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis (§ 4 Abs. 10 Straßenverkehrsgesetz) haben keine aufschiebende Wirkung.

Rechtsbehelfsbelehrung: Die Rechtsbehelfsbelehrung auf dem Beiblatt und ein gegebenenfalls verwendetes weiteres Beiblatt ist/sind Bestandteil dieses Bescheides.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Anlagen:

☐ Auszug aus dem Fahreignungsregister (Punktestand)